

## Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor

Bundeseinheitspreis	Erfolgssicherung im Labor	Gefahrenstelle Abdruck	Innovative Leistung
Zahntechniker-Innungen sowie Dental-laboratorien aus Ost und West melden sich zu Wort.	Prof. Dr. Norbert H. Meiners zeigt, wie wichtig die Erarbeitung und regelmäßige Überprüfung von Strategiekonzepten ist.	Welche Maßnahmen müssen zum Schutz der Techniker ergriffen werden, ohne die Qualität der Abformungen zu beeinträchtigen?	Unternehmen auf Erfolgskurs. Zahntechnik Eisenach von Top 100 für professionelles Innovationsmanagement ausgezeichnet.
<b>ZT Politik_2</b>	<b>ZT Wirtschaft_11</b>	<b>ZT Technik_15</b>	<b>ZT Service_21</b>

Bundeseinheitlicher BEL-Preis soll Festzuschuss-System ermöglichen

### Einheitspreis sorgt für Aufregung

Durch die Einführung eines Festzuschuss-Systemes soll ein bundeseinheitlicher Preis für BEL-Leistungen umgesetzt werden. Dies bedeutet deutliche Absenkungen bis zu 11 % in einzelnen Vertragsbereichen und Preisanhebungen in Ländern mit einem niedrigen Leistungspreis um bis zu 20 %. Der VDZI interveniert inzwischen vor der Politik gegen eine weitere Zwangsabsenkung der BEL-Preise und gegen das drohende Einheitspreis-System.

(rd) – Das jüngst verabschiedete Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) führt zu heftigen Reaktionen unter den Zahn-technikern. Wie durch zahlreiche Medienberichte bekannt wurde, wird der Bereich Zahnersatz aus dem paritätisch finanzierten Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ab dem 01.01.2005 ausgegliedert. Statt-

dessen soll eine private Pflichtversicherung die finanziellen Risiken einer Zahnersatzversorgung übernehmen. Ebenso soll das Zuschuss-System verändert werden. Statt der bisherigen prozentualen Bezuschussung wird ein befundorientierter Festzuschuss von der ZE-Zusatzversicherung übernommen. Hierbei hat man sich im Gesetz um eine bundesein-

heitliche Regelung bemüht. Der Festzuschuss soll demnach in jedem Bundesland die gleiche Höhe haben. Dies macht es, dem Gesetzgeber zufolge, notwendig, einen bundeseinheitlichen Preis für zahntechnische Leistungen einzuführen.

Um einen bundeseinheitlichen Preis zu ermitteln, soll gewichtet nach Versichertenzahl über alle Bundesländer hinweg ein Durchschnitt gebildet werden. Dies hat zur Folge, dass Vertragsbereiche wie Hamburg, Bayern und Niedersachsen deutlich von ihren bisherigen Leistungspreisen abgesenkt werden müssen. Zahn-techniker in Vertragsbereichen wie Thüringen oder Rheinland-Pfalz werden künftig höhere Preise erzielen können. Gegen eine weitere Verschlechterung der Lage für die abzusenkenden Vertragsbereiche läuft der Verband Deutscher Zahn-techniker-Innungen (VDZI) inzwischen Sturm. Er befürchtet nicht nur einen wirtschaftlichen Kollaps der

Laboratorien, welche von der Preisabsenkung betroffen sind,



Bundeseinheitlicher Durchschnittspreis

### Geteiltes Echo

Umfrage spiegelt Unsicherheit innerhalb der Zahntechnik-Branche gegenüber Vorhaben des Bundesgesundheitsministeriums wider / Mehrheit für schrittweisen Anpassungsprozess der Vergütungen für zahntechnische Leistungen

(cs) – Dass die laut 2. BMGS-Gesetzesentwurf zur Gesundheitsreform geplante Bildung eines „bun- des- einheit- lichen

teriums, wonach die Preise für zahntechnische Leistungen in Bundesländern mit niedriger Vergütung an den Bundesdurchschnitt angeglichen und in Ländern mit höherer Vergütung abgesenkt werden sollen, mit gemischten Gefühlen gegenüber.

Zwar ist man sich einig, dass 13 Jahre nach der Wiedervereinigung Preisdifferenzen von bis zu 30 % innerhalb Deutschlands nicht mehr tragbar sind, jedoch stößt die Art und Weise, wie die Vergütungsangleichung vonstatten gehen soll, auf ein geteiltes Echo. Auch die befragten Labore waren unterschiedlicher Meinung. Während die einen bereits über Entlassungen und Lohnkürzungen nachdenken, würden andere in einer stufenweisen Anhebung der Preise durchaus Chancen sehen.

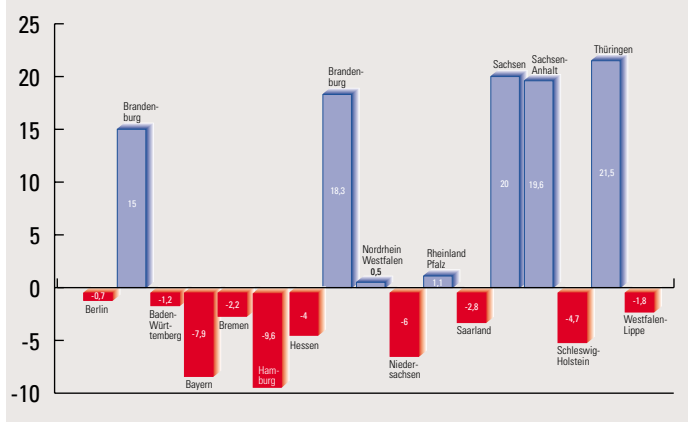
Durchschnittspreis“ so eini- ges an Sprengstoff birgt, zeigt eine aktuelle Umfrage der ZT *Zahntechnik Zeitung*. So stehen die befragten Innungen (von 24 VDZI-Mitgliedsinnungen waren 8 bereit, ein Statement abzugeben) sowie Labore dem Vorhaben des Minis-

sondern zudem einen ordnungspolitischen Sündenfall. Ebenso argumentiert der VDZI gegenüber Politikern, dass Festzuschüsse und ein Zwang-Einheitspreis Instrumente zweier gänzlich verschiedener Systeme seien.

**ZT Politik\_6**

**ZT Politik\_2**

**Vermutliche Preisänderungen der Vertragsbereiche zum neuen gewichteten Bundesdurchschnittspreis nach § 57 Abs. 2 SGB V (neu)**



Quelle: Schreiben des Landesinnungsverbandes Hessen des Zahn-techniker-Handwerks v. 11.9.2003 an die Hessischen Bundestagsabgeordneten sowie Gesundheitspolitiker der Fraktionen u. zuständigen Minister für Gesundheit und Wirtschaft./Grafik: Demus Media AG

KZV Bayern: „Rotes Licht für Wirtschaftsmotor Gesundheit“

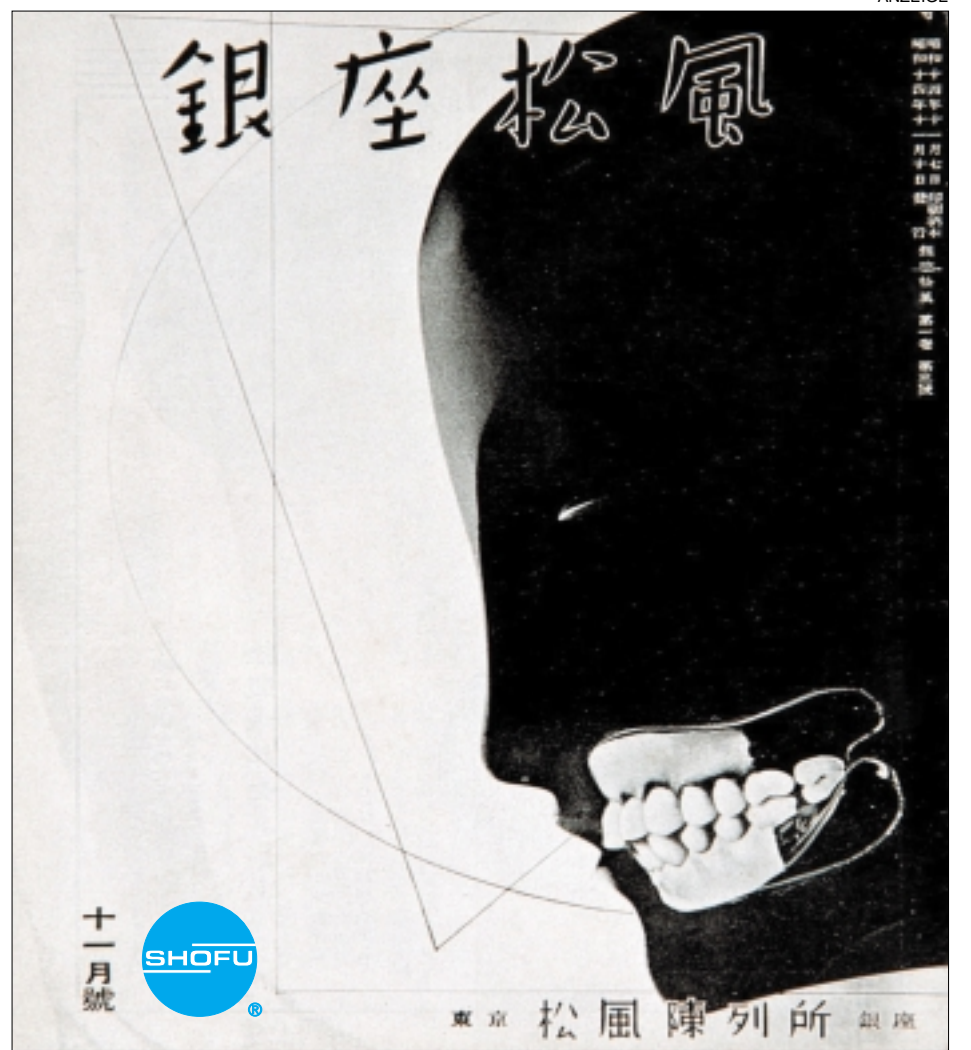
### Gesundheitsreform beschlossen

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) soll die Beiträge der Versicherten senken, gleichzeitig aber die Qualität und den Wettbewerb steigern. Die Zahnärzte in Bayern kritisieren, dass der „Wachstumsmotor Gesundheit“ hart ausgebremst werde. Praxen und Patienten protestieren gegen Praxisgebühr. KZVB befürchtet „totale Überwachung aller Ärzte und Patienten“.

(rd) – Am 26.9.2003 hat der Deutsche Bundestag nach der abschließenden Lesung das von den Regierungsfractionen und der CDU/CSU-Opposition erarbeitete Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) beschlossen. Durch die Reform sollen die drängendsten Probleme im Gesundheitswesen gelöst und Weichen für eine umfassende strukturelle Erneuerung gestellt werden. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt erwartet durch die beschlossene Reform, dass die KV-Beiträge gesenkt und die Ausgaben gebremst werden. Gleichzeitig hofft

Schmidt, dass dadurch Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen gesteigert werden. Kritik kam inzwischen von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB). So bezeichnete der 1. KZVB-Vorsitzende, Dr. Rolf-Jürgen Löffler, das GMG als „Rotes Licht für den Wirtschaftsmotor Gesundheit“. Der Gesetzgeber solle den medizinischen Fortschritt und entziehe den Zahnärzten als Freiberufler ihre wirtschaftliche Grundlage. Ebenso wie bei den Zahn-technikern sieht das Gesetz den teilweisen Entzug der Länderkompetenz zu den

Punktwertverhandlungen vor. So soll beim Zahnersatz für die gesetzlich Versicherten ab 2005 ein bundeseinheitlicher Punktwert eingeführt werden. Dies führt zu deutlichen Punktwert-Absenkungen in Hochpreis-Regionen wie Bayern. Die Praxisführungskosten seien im wirtschaftlich starken Bayern jedoch höher als in strukturschwachen Ländern. Somit stehe in Zukunft für die Behandlung der Patienten in Bayern weniger Geld zur Verfügung als in anderen Teilen Deutschlands, betont Löffler. Dies würde die bayerischen Praxen zwingen, Personal zu entlassen. □



ANZEIGE